

Der "starke" Bundesrat

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **13 (1918)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

behält eben seine Noten und kann dann seine gute Stube oder das finstere Dertchen damit tapezieren! Ich sprach mit dem Direktor der Moskauer Handelsbank persönlich, um von meinen dort deponierten 160,000 Rubel wenigstens eintausend zu erlangen. Aber alles vergebene Liebesmühe! Er erklärte mir, daß ihm persönlich das strikteste untersagt sei, über mehr zu verfügen, als was er selbst für seinen täglichen Lebensunterhalt brauche!

Alle Welt weiß, daß bei allen Banken in ganz Rußland die Tresors versiegelt und die Türen fest verschlossen sind, die Korrespondenzen nicht mehr ankommen und jeglicher Transfert unmöglich ist. Draußen aber, vor den Türen, steht der Bankerott.

Wir fügen hinzu: Allerdings der Bankerott, aber der Bankerott der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet für uns: der Anfang des Sozialismus. M. Ch.

Der „starke“ Bundesrat.

Der neue russische Gesandte für die Schweiz, Genosse Jean Verzine, ist in Bern eingetroffen. Sein offizieller Titel ist „bevollmächtigter Vertreter der Föderativen Sozialistischen Soviet-Republik für die Schweiz“. Als Gesandtschaftssekretärin antwortet auch eine Genossin, Frau Pokrowski. Der Bundesrat geruhte nicht, den Gesandten offiziell anzuerkennen, jedenfalls fehlt noch der Wink aus Deutschland. Inzwischen hat aber Graf Mirbach, der deutsche Botschafter in Moskau, Lenin seinen offiziellen Besuch gemacht, so daß Hoffnung besteht, daß der Bundesrat der sogenannten ältesten Republik Europas dazu kommen wird, die Sozialistische Soviet-Republik Rußland anzuerkennen. Leicht mag es ja den Herren gewiß nicht fallen.

■ ■ Aus der Frauenbewegung. ■ ■

Inland.

Die Bürgerinnen der Stadt Basel haben sich Sonntag, den 12. Mai zum erstenmal an der Wahlurne eingefunden, um ihr Stimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten auszuüben. Ein bürgerliches Blatt bemerkt dazu höchst erstaunt, die Frauen hätten sich gar nicht ungeschickt benommen. (Heilige Simplitas.)

Der Große Rat des Kantons Waadt hat eine Motion zugunsten des Frauenstimm- und -wahlrechtes erheblich erklärt.

Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht hält am 1. und 2. Juni seine VII. Generalversammlung in Bern ab. Die Delegiertenversammlung findet im Grobstrasssaal statt und ist öffentlich. Im Vorbergrund der Beratungen steht: Das Frauenstimmrecht in der Schweiz. Das Frauenstimmrecht vor den Großen Räten der Kantone Bern, Basel, Neuenburg, Genf, Solothurn, Zürich und Waadt. Berichterstattung durch Rednerinnen der betreffenden Kantone. (Dazu ist zu bemerken, daß stets die Vertreter unserer Partei es waren, welche in den Parlamenten den Vorstoß gemacht haben, meistens im Stiche gelassen vom den gut bürgerlich gesinnten Demokraten, Freisinnigen und wie all die anderen Parteien sich nennen.) Frä. Georgine Gerhards, Basel und Frä. Rose Rigand, Neuenburg halten einleitende Referate zum folgenden Punkte der Tagesordnung: Die Frauen und die politische Parteien. Daran anschließend folgt die Meinungsäußerung der Delegierten.

Ausland.

In das dänische Parlament sind neun Frauen gewählt worden in die erste und zweite Kammer.

In Oesterreich-Ungarn ist der diesjährige Frauentag zu einer machtvollen Kundgebung für den Frieden und das Frauenwahlrecht geworden. An der Versammlung in Wien in der Volkshalle nahmen 4000 bis 5000 Frauen teil; in Brünn waren es zirka 2000. Aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Ober- und Niederösterreich, aus Kärnten, Tirol, Salzburg und Vorarlberg lauten die Berichte ebenso günstig. Die „Wiener Arbeiterinnenzeitung“ schreibt darüber: „Wir sind überzeugt, wie jedes Jahr wird auch diesmal der Frauentag Früchte tragen und die Schar unserer Mitkämpferinnen vermehren. Schon heute melden die Berichte, daß überall Mitglieder aufgenommen wurden, in manchen Orten bis zu hundert. Als unser bestes und wirksamstes Agitationsmittel für die Forderungen

der Frauen hat sich bisher der Frauentag bewährt. Noch nie allerdings war die Stimmung der Teilnehmerinnen eine so erregte wie diesmal. Minutenlang mußten die Rednerinnen innehalten, so leidenschaftlich äußerten sich die Empfindungen der Zuhörerinnen. Was sich an Schmerz, Groll und Verzweiflung angesammelt hatte, drängte zum Ausbruch. Die gemarterten Frauen empfanden es als eine Wohltat, daß sie einmal so viele beisammen waren, und gewannen aneinander Mut, auszusprechen, was sie denken. So war es auch in Wien in der Volkshalle, wo wohl eine der erregtesten Versammlungen getagt hat, die je stattgefunden hat. Ingrim, Schmerz, Tränen, alles kam zum Ausbruch. Friede und Freundschaft mit allen Völkern, keine Vergewaltigung anderer Völker, keine brutalen Sieger, keine Rüstungen im Zukunft, Einfluß der Frauen im Parlamente und Gemeinde, das war es, was in allen Versammlungen alle bewegte.“

Die Führerinnen der jungen sozialistischen Frauenbewegung in Bosnien und der Herzegowina haben es trotz aller Schwierigkeiten für ihre Ehrenpflicht gehalten, in Serajewo am 6. April eine Frauentagsversammlung abzuhalten.

In Galizien fand in Krakau eine erfolgreiche Versammlung statt.

In Holland wurde der Frauentag an 44 Orten abgehalten, die „Proletarische Frau“, das holländische Schwesterorgan schreibt darüber: „In der Form öffentlicher Versammlungen, in denen ein Vortrag die Bedeutung und die Forderung des Frauentages behandelte, vielerorts durch Gesang und Musikvorträge, Deklamationen festlich gestaltet. Die Versammlungen waren überall sehr gut besucht. Der Geist der Versammlungen war der beste. . . . Der Internationale Frauentag hat in Holland die Kraft der Genossinnen vergrößert, ihren Eifer verdoppelt, ihre Entschlossenheit angefeuert.“

laut Befehl der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie sind Frauentagsversammlungen in Deutschland vom 1. bis 15. Mai angefangen worden. Ob und in welcher Art die Versammlungen stattgefunden haben, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt. Wir wissen nur, daß ein großer Teil der tüchtigsten Genossinnen und Genossen, gerade solche, welche im Sinne und Geiste der revolutionären, internationalen Sozialdemokratie sprechen würden, ein öffentliches Redeverbot haben, mit einem sogenannten „Maulkraiten“ herumgehen müssen. Auch sind bekanntlich die harmlosesten Versammlungen verboten worden. Es scheint, als ob man sich auch dieses Jahr wieder dem Verbot gefügt habe. Wie lange noch? Die Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“ ist zum 1. Mai als Frauentags- und Wahlrechtsnummer erschienen, mit wertvollen Beiträgen der Genossinnen Petkin, Pich, Wurm und anderen aus Deutschland; Agnes Robmann, Schweiz; Unterkunit, Holland; Buchinger, Ungarn u. a. m.

Württemberg und das Frauenstimmrecht. Der staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten Kammer beschloß bezüglich der Eingabe über das Frauenstimmrecht, dem Plenum folgende Entscheidung vorzulegen: Die Kammer lehnt mit der Regierung die Forderung auf Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frauen ab. Sie erblickt dagegen in der durch Gesetz, Verordnung oder Verfügung zu regelnden weiteren Heranziehung von entsprechend vorgebildeten Frauen als sachverständigen Beiräten zu den Ausschüssen der Gemeindevertretungen und den gesetzlich organisierten Körperschaften sowie als Mitglieder zu den Kommissionen im Sinne des Artikels 89 der Gemeindeordnung, insoweit in denselben spezifische Frauenangelegenheiten berührende Maßnahmen beraten werden, ein geeignetes Mittel zur Erweiterung des Einflusses, der nach den Erfahrungen der Kriegszeit den Frauen im Interesse der Allgemeinheit gewährt werden kann und soll. Sie hält es für erwünscht, daß im weiteren Umfang als bisher weibliche Beamte für die Durchführung der Weiterentwicklung der Maßnahmen, welche Fraueninteressen betreffen, in Stadt und Gemeinde angestellt und daß entsprechende Ausbildungsrichtungen gefördert werden.

Müssen aber Frauen schwere, gesundheitschädigende Männerarbeit verrichten, gibt man weniger gewundene Erklärungen ab. Das Frauenstimmrecht soll abgelehnt werden, trotzdem in Deutschland mehr Frauen wie Männer erwerbstätig sind. In der Metallindustrie arbeiten zirka 266,000 Frauen, manche von ihnen haben 50 bis 100 Pfund schwere Granaten zu heben. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeiten über 54 Stunden die Woche, manche 15 Stunden im Tag, die meisten 12 Stunden. In den Bergwerken ersetzen drei Frauen zwei Männer, oft, wo der